

<h1 style="margin: 0;">Vorlage</h1>		<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	
		<input type="checkbox"/> nichtöffentlich	Vorlage-Nr.: 191/16
Der Bürgermeister Fachbereich:	zur Vorberatung an:	<input checked="" type="checkbox"/> Hauptausschuss <input checked="" type="checkbox"/> Finanzausschuss <input checked="" type="checkbox"/> Stadtentwicklungs-, Bau- und Wirtschaftsausschuss <input type="checkbox"/> Kultur-, Bildungs- und Sozialausschuss <input type="checkbox"/> Bühnenausschuss <input type="checkbox"/> Ortsbeiräte/Ortsbeirat:	
Recht/ Beteiligungsmanagement	zur Unterrichtung an:	<input type="checkbox"/> Personalrat	
Datum: 10.08.2016	zum Beschluss an:	<input type="checkbox"/> Hauptausschuss am: <input checked="" type="checkbox"/> Stadtverordnetenversammlung am: 22. September 2016	

Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Schwedt für das Geschäftsjahr 2015

Beschlussentwurf:

Die Stadtverordnetenversammlung Schwedt/Oder beschließt in Einzelabstimmung, den Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Schwedt für das Jahr 2015 Entlastung zu erteilen.

Finanzielle Auswirkungen:				
<input checked="" type="checkbox"/> keine	<input type="checkbox"/> im Ergebnishaushalt	<input type="checkbox"/> im Finanzhaushalt		
<input type="checkbox"/> Die Mittel <u>sind</u> im Haushaltsplan eingestellt.			<input type="checkbox"/> Die Mittel <u>werden</u> in den Haushaltsplan eingestellt.	
Erträge:	Produktkonto:	Aufwendungen:	Produktkonto:	Haushaltsjahr:
Einzahlungen:	Auszahlungen:			
<input type="checkbox"/> Die Mittel stehen <u>nicht</u> zur Verfügung. <input type="checkbox"/> Die Mittel stehen <u>nur in folgender Höhe</u> zur Verfügung: <input type="checkbox"/> <u>Mindererträge/Mindereinzahlungen</u> werden in folgender Höhe wirksam: Deckungsvorschlag:				
Datum/Unterschrift Kämmerin Regina Ziemendorf				

Bürgermeister Jürgen Polzehl	Beigeordnete Annekathrin Hoppe	Fachbereichsleiter/in Viola Wiesejahn
---------------------------------	-----------------------------------	--

Die Stadtverordnetenversammlung	<input type="checkbox"/> hat in ihrer	Sitzung am
Der Hauptausschuss	<input type="checkbox"/> hat in seiner	Sitzung am

den empfohlenen Beschluss mit Änderung(en) und Ergänzung(en) gefasst nicht gefasst.

Dem Verwaltungsrat gehören an:

Vorsitzender

Polzehl, Jürgen

Stellvertretender Vorsitzender

Klinger, Bodo

Mitglieder

Barsch, Detlef
Engelmann, Kai
Giese, Jutta
John, Lars
Kirsch, Ingeborg
Lichtenberg, Wolfgang
Monzert, Enrico

Stellvertretende Mitglieder

Grunwald, Elke
Schindler, Frank
Nadje, Michael

Begründung:

Gemäß § 6 Absatz 2 Nr. 5 i. V. m. § 26 Absatz 4 Satz 1 BbgSpkG beschließt die Stadtverordnetenversammlung Schwedt/Oder über die Entlastung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Schwedt.

Die Beschlussfassung über die Entlastung hat für jedes einzelne Mitglied bzw. stellvertretende Mitglied – in Einzelabstimmung – zu erfolgen.

Ein Verwaltungsratsmitglied bzw. ein stellvertretendes Verwaltungsratsmitglied, welches der Stadtverordnetenversammlung angehört, darf bei der Beschlussfassung über seine Entlastung nicht mitwirken.

Die Entlastung enthält keinen Verzicht auf etwaige Ersatzansprüche.

Der Verwaltungsrat tagte im Jahr 2015 insgesamt sechsmal.

Der Verwaltungsrat der Stadtparkasse Schwedt hat am 1. Juli 2016 den geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 mit einer Bilanzsumme von 520.022.887,15 EUR und einem Bilanzgewinn von 324.376,26 EUR festgestellt.

Gemäß § 8 Abs. 2 Nr. 7 des BbgSpkG hat der Verwaltungsrat am 1. Juli 2016 über die Verwendung des Bilanzgewinns wie folgt entschieden.

Im Hinblick auf die Situation im Geschäftsgebiet (andauernder Bevölkerungsrückgang) und die Unsicherheit bezüglich künftiger regulatorischer Eigenkapitalanforderungen wird auf eine Zuführung an den Träger verzichtet.

Der Bilanzgewinn 2015 von 324.376,26 EUR wird gemäß § 27 BbgSpkG in voller Höhe der Sicherheitsrücklage zugeführt.

Als Anlage werden dieser Vorlage die Jahresbilanz zum 31. Dezember 2015, der Anhang und Lagebericht beigelegt.

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2015

Aktivseite

	EUR	EUR	EUR	31.12.2014 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		3.281.776,59		6.100
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		8.213.169,71		5.370
			11.494.946,30	11.470
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		0,00		0
			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		10.430.764,91		9.445
b) andere Forderungen		15.123.407,42		18.436
			25.554.172,33	27.881
4. Forderungen an Kunden			218.791.274,24	196.039
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	88.519.411,95	EUR		(89.653)
Kommunalkredite	30.409.369,11	EUR		(32.908)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00			0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
ab) von anderen Emittenten	0,00			0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
		0,00		0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	38.707.970,61			38.534
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	38.707.970,61	EUR		(38.534)
bb) von anderen Emittenten	132.778.319,52			119.548
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	132.778.319,52	EUR		(119.548)
		171.486.290,13		158.082
c) eigene Schuldverschreibungen		0,00		0
Nennbetrag	0,00	EUR		(0)
			171.486.290,13	158.082
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			90.261.678,08	86.909
6a. Handelsbestand			0,00	0
7. Beteiligungen			919.494,91	926
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR		(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			4.806,14	5
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR		(0)
9. Treuhandvermögen			0,00	0
darunter:				
Treuhandkredite	0,00	EUR		(0)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		3.921,00		6
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00		0
			3.921,00	6
12. Sachanlagen			718.788,99	685
13. Sonstige Vermögensgegenstände			637.964,68	427
14. Rechnungsabgrenzungsposten			149.550,35	221
Summe der Aktiva			520.022.887,15	482.650

	EUR	EUR	EUR	31.12.2014 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		644,30		0
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>10.750.458,99</u>		<u>12.118</u>
			10.751.103,29	12.118
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	<u>116.549.243,15</u>			<u>109.900</u>
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>3.531.032,06</u>			<u>6.535</u>
		120.080.275,21		116.435
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	<u>287.479.029,69</u>			<u>254.865</u>
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>45.915.965,80</u>			<u>55.494</u>
		333.394.995,49		310.359
			453.475.270,70	426.795
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		0,00		0
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		0,00		0
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 EUR			(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00 EUR			(0)
			0,00	0
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten			0,00	0
darunter:				
Treuhandkredite	0,00 EUR			(0)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			393.798,10	319
6. Rechnungsabgrenzungsposten			40.949,11	66
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		1.632.568,00		1.475
b) Steuerrückstellungen		255.976,00		455
c) andere Rückstellungen		<u>2.619.607,34</u>		<u>1.791</u>
			4.508.151,34	3.720
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			4.986.412,33	5.240
10. Genusssrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			27.550.000,00	16.400
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		0,00		0
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	<u>17.992.826,02</u>			<u>17.645</u>
cb) andere Rücklagen	<u>0,00</u>			<u>0</u>
		17.992.826,02		17.645
d) Bilanzgewinn		324.376,26		348
			18.317.202,28	17.993
Summe der Passiva			520.022.887,15	482.650

1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		7.032.938,59		8.851
Über eine weitere, nicht quantifizierbare Eventualverbindlichkeit wird im Anhang berichtet.				
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00		0
			7.032.938,59	8.851
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>19.786.476,35</u>		<u>14.606</u>
			19.786.476,35	14.606

Anhang

0. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss 2015 der Stadtparkasse Schwedt wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Auf die Aufstellung eines Konzernabschluss wurde gemäß § 296 Abs. 2 HGB wegen der untergeordneten Bedeutung von Tochterunternehmen für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage verzichtet.

I. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Forderungen

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute (einschließlich Schuldscheindarlehen) haben wir mit dem Nennwert bilanziert.

Bei Darlehen wird der Differenzbetrag zwischen Nennwert und niedrigeren Auszahlungsbetrag in den Rechnungsabgrenzungsposten der Passivseite aufgenommen. Die erfolgswirksame Auflösung erfolgt grundsätzlich laufzeit- und kapitalanteilig. Im Fall von Festzinsvereinbarungen erfolgt die Verteilung auf die Dauer der Festzinsbindung.

Bei den Forderungen an Kunden wurde dem akuten Ausfallrisiko durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Auf den latent gefährdeten Forderungsbestand wurden angemessene Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt, basierend auf den Erfahrungswerten der Vergangenheit. Bei der Ermittlung der Pauschalwertberichtigung wurde, abweichend zum Vorjahr, ein zehnjähriger Betrachtungszeitraum (Vorjahr fünf Jahre) berücksichtigt und es wurde kein Abschlag vom durchschnittlichen Forderungsausfall (Vorjahr 40,0 %) berücksichtigt. Das ausgewiesene Jahresergebnis fiel durch die Änderung um ca. 893,0 TEUR niedriger aus.

Soweit die Gründe für eine Wertberichtigung nicht mehr bestehen, sind Zuschreibungen (Wertaufholungen) bis zu den Zeit- und Nominalwerten vorgenommen worden.

Wertpapiere

Die Ermittlung der Anschaffungskosten der Wertpapiere erfolgte nach der Durchschnittsmethode. Die Bewertung der Wertpapiere der Liquiditätsreserve und des Anlagevermögens erfolgten zum strengen Niederstwertprinzip. Wertaufholungen werden durch Zuschreibungen auf den höheren Kurs, maximal aber bis zu den Anschaffungskosten, berücksichtigt.

Bei der Bewertung von Wertpapieren wurde der beizulegende Wert aus einem Börsen- oder Marktpreis abgeleitet.

Bei dem im Bestand gehaltenen Spezialfonds und den Anteilen an Investmentvermögen ist für die Bewertung grundsätzlich der nach investmentrechtlichen Grundsätzen bestimmte Rücknahmepreis maßgeblich.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen wurden grundsätzlich zu den Anschaffungskosten bilanziert. Abschreibungen aus den Vorjahren wurden unverändert beibehalten.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagevermögen

Entgeltlich erworbene Software wurde nach den Vorgaben des IDW-Rechnungslegungsstandards „Bilanzierung von Software beim Anwender“ (IDW RS HFA 11) unter dem Bilanzposten „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen. Sie ist mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt worden, wobei eine betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von 3 Jahren zugrunde gelegt wurde.

Das Sachanlagevermögen wurde in den Zeiträumen der Anschaffung wie folgt abgeschrieben.

01.01.2002 – 31.12.2008	lineare Abschreibung
01.01.2009 – 31.12.2009	degressive Abschreibung (unter Anwendung des von der Bundesregierung am 05. November 2008 beschlossenen Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“)
01.01.2010 – 31.12.2015	lineare Abschreibung

Bei Anwendung der degressiven Abschreibung wechselt die Sparkasse zur linearen Abschreibungsmethode, sobald letztere höhere Abschreibungsbeträge ermöglicht.

Die zugrunde gelegten Nutzungsdauern entsprechen den Vorschriften des EStG bzw. den amtlichen AfA-Tabellen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter sowie Software mit Anschaffungskosten bis 150,00 EUR sind im Erwerbsjahr voll abgeschrieben worden. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten über 150,00 bis 1.000,00 EUR sowie Software bis 410,00 EUR wurden in einen Sammelposten eingestellt, der über 5 Jahre linear Gewinn mindernd aufzulösen ist.

Die in früheren Geschäftsjahren vorgenommenen steuerrechtlichen Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen wirken sich unter Inanspruchnahme der Übergangsregelung des Artikel 67 Abs. 4 EGHGB im vorliegenden Jahresabschluss unwesentlich aus.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände werden mit dem Niederstwert angesetzt.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert worden. Die Disagien zu Verbindlichkeiten wurden in den Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite aufgenommen. Unterschiedsbeträge zwischen Ausgabe- und Erfüllungsbetrag bei Verbindlichkeiten werden auf die Laufzeit erfolgswirksam aufgelöst.

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck entsprechend dem Teilwertverfahren unter Berücksichtigung der Rentensteigerungen von 1,9 %, jedoch ohne zukünftig zu erwartende Lohn- und Gehaltssteigerungen ermittelt. Die Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen wurden mit einem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Rechnungszinssatz von 3,89 % abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahre ergibt.

Der Rückstellungsbetrag für die Verpflichtungen aus abgeschlossenen Altersteilzeitvereinbarungen ist unter dem Kosten-Nutzen Aspekt und der Geringfügigkeit nicht nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt worden.

Es erfolgte eine pauschale Ermittlung der Beträge zur Verwendung der Rückstellung. Die durchschnittliche Restlaufzeit beträgt derzeit 0,75 Jahre.

Die Stadtsparkasse Schwedt ist aufgrund der Anwendung des Tarifvertrages über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes - Altersvorsorge-TV-Kommunal (ATV-K) verpflichtet, für die anspruchsberechtigten Mitarbeiter eine zur betrieblichen Altersversorgung führende Versicherung bei einer kommunalen Zusatzversorgungskasse (Brandenburg) abzuschließen.

Die Sparkasse hat diese Verpflichtung durch Anmeldung der betreffenden Mitarbeiter bei der Zusatzversorgungskasse (Brandenburg) erfüllt. Träger ist der Kommunale Versorgungsverband Brandenburg – Zusatzversorgungskasse – (KVBbg-ZVK) mit Sitz in Gransee.

Die KVBbg-ZVK finanziert die Versorgungsverpflichtungen im Kombinationsmodell. Bei diesem Modell werden die Ansprüche der Bestandsrentner und der Versicherten aus dem Gesamtversorgungssystem und ein bestimmter Anteil der neu entstehenden Anwartschaften aus dem Punktemodell durch Umlage finanziert. Die Finanzierung übriger, neu entstehender Anwartschaften aus dem Punktemodell erfolgt durch kapitalgedeckte Zusatzbeiträge. Der von der Sparkasse alleine zu tragende Umlagesatz beträgt derzeit 1,1 % der umlagepflichtigen Gehälter. Der Zusatzbeitrag beträgt derzeit 4,0 % und wird jeweils hälftig von der Sparkasse und dem Arbeitnehmer getragen. Maßgeblich für die Höhe der Rentenleistung ist die Summe der vom Versicherten bis zum Rentenbeginn erworbenen so genannten Versorgungspunkte, die auf der Basis des jeweiligen versorgungspflichtigen Entgelts ermittelt werden. Neben der lebenslangen Altersrente werden Rentenleistungen auch im Fall der Erwerbsminderung sowie im Todesfall an die Hinterbliebenen erbracht. Die Rentenleistungen werden jährlich um 1,0 % angehoben.

Die Durchführung der Versorgungszusage über die KVBbg-ZVK begründet eine mittelbare Versorgungsverpflichtung, die die Sparkasse durch regelmäßige Zahlung der satzungsmäßig geforderten Umlagen und Zusatzbeiträge erfüllt.

Aufgrund der oben benannten Kombinationsfinanzierung besteht bei der Zusatzversorgungskasse eine (rechnerische) Unterdeckung, die jährlich vom verantwortlichen Aktuar der Zusatzversorgungskasse festgestellt wird. Hieraus ergibt sich als Gesamtbetrag der in der Bilanz nicht ausgewiesenen mittelbaren Pensionsverpflichtungen aus der Zusatzversorgung der auf den einzelnen Arbeitgeber entfallene Anteil der (rechnerischen) Unterdeckung durch Multiplikation mit dem für den Arbeitgeber maßgeblichen Anteilsatz. Für die Ermittlung des Anteilsatzes wird zunächst für jeden einzelnen bei der KVBbg-ZVK pflichtversicherten Arbeitnehmer der versicherungsmathematische Barwert seiner vom Bilanzstichtag bis zum Eintritt des Versicherungsfalles für die Umlagebemessung maßgeblichen zusatzversorgungspflichtigen Entgelte berechnet. Als Rechnungsgrundlagen werden die „Richttafeln 2005 G“ von K. Heubeck und ein Rechnungszinsfuß von 5,0 % p. a. verwendet. Das rechnungsmäßige Pensionsalter wird mit dem frühestmöglichen Zeitpunkt des Beginns der vorzeitigen

Altersrente nach § 36 i. V. m. §§236 und 237a SGB VI in Ansatz gebracht. Eine Entgeltodynamik wird nicht berücksichtigt.

Der für den einzelnen Arbeitgeber maßgebliche Anteilsatz ergibt sich als Verhältnis aus der Summe der für den Teilbestand der über den einzelnen Arbeitgeber pflichtversicherten Arbeitnehmer ermittelten Barwerte zur Summe der für den Gesamtbestand der Pflichtversicherten der KVBbg-ZVK ermittelten Barwerte. Dabei wird zwar sowohl für den Teilbestand als auch für den Gesamtbestand von den Verhältnissen am Bilanzstichtag ausgegangen, jedoch von den persönlichen Daten, die in dem Gutachten vom 27. April 2015 über die versicherungstechnische Bilanz für die Pflichtversicherung zum 31. Dezember 2014 erfasst sind.

Der Betrag der (rechnerischen) Unterdeckung zum Bilanzstichtag wurde aus dem Betrag der im oben genannten Gutachten ermittelten Soll-Deckungsrückstellung und dem Betrag des Vermögens der KVBbg-ZVK zum 31. Dezember 2014 nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf den 31. Dezember 2015 fortgeschrieben.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2015 ergibt sich der auszuweisenden Gesamtbetrag der in der Bilanz nicht ausgewiesenen mittelbaren Pensionsverpflichtungen aus der Zusatzversorgung unter Berücksichtigung des Vermögens der KVBbg-ZVK wie folgt:

(Rechnerische) Unterdeckung der KVBbg-ZVK zum 31.12.2015	402.000.000 EUR
Maßgeblicher Anteilsatz für den Arbeitgeber Stadtparkasse Schwedt	0,174 %
Auszuweisender Gesamtbetrag für mittelbare Pensionsverpflichtungen aus der Zusatzversorgung	699.480 EUR

Die übrigen Rückstellungen wurden in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden und von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Von dem Abzinsungswahlrecht, bei einer Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger abzuzinsen, wurde kein Gebrauch gemacht.

Bei den Restlaufzeiten zwischen 2 und 10 Jahren ergaben sich Zinssätze zwischen 2,16 % und 3,48 %.

Bei der Ermittlung der im Zusammenhang mit der Rückstellungsbewertung entstehenden Aufwendungen wurde davon ausgegangen, dass eine Änderung des Abzinsungzinssatzes zu Beginn der Periode eintritt, sodass der Buchwert der Verpflichtungen mit dem Zinssatz zu Beginn der Periode aufgezinste wurde.

Entsprechendes gilt für eine Änderung des Verpflichtungsumfanges; bei einem teilweisen Verbrauch der Rückstellung vor Ablauf der Restlaufzeit gilt die Annahme, dass dieser Verbrauch erst zum Ende der jeweiligen Periode in voller Höhe erfolgt.

Aufwendungen aus der Aufzinsung der Rückstellungen wurden im Zinsergebnis bzw. sonstigen betrieblichen Aufwand erfasst.

Um nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung ein besseres Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu vermitteln, wurde erstmals im Jahresabschluss 2015 das Verfahren zur Ermittlung von Rückstellungen für bestimmte Ratensparverträge

mit künftig steigenden Prämien geändert. Durch die Änderung der Bewertungsmethode ergaben sich lediglich geringfügige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse.

Im Zusammenhang mit der Unterbeteiligung des Ostdeutschen Sparkassenverbands (Unterbeteiligter) an einer Erwerbsgesellschaft mbH & Co. KG hat die Sparkasse die Verpflichtung übernommen, anteilig für den anfallenden Aufwendersatz (Zinsen und Darlehensverbindlichkeiten) einzustehen. Für die Abrechnungszeiträume 01.01.2015 - 31.12.2015 und 01.01.2016 – 31.12.2016 erwarteten Aufwendersatzansprüche werden die im Jahr 2013 gebildeten Rückstellungen in Höhe von 124,75 TEUR fortgeführt.

Aus der Unterbeteiligung des Ostdeutschen Sparkassenverbands (Unterbeteiligter) an einer Erwerbsgesellschaft mbH & Co. KG hatte sich beim Ostdeutschen Sparkassenverband aufgrund von dauerhaften Wertminderungen ein Bewertungsaufwand ergeben. Die Verbandsgeschäftsführung des OSV hatte in 2013 beschlossen, bei den Mitgliedssparkassen für den Verlustausgleich des OSV eine Sonderumlage zu erheben. Für den im Jahr 2017 noch zu erwartenden Umlagebetrag besteht die im Jahr 2013 gebildete Rückstellung in Höhe von 161,35 TEUR fort. Auf die Ausführungen unter II. Erläuterungen zur Jahresbilanz, Posten: Passiv unterm Strich, 1. Eventualverbindlichkeiten wird verwiesen.

Für die unwiderrufliche Verpflichtung zur Zahlung von zusätzlichen Beiträgen in den Sparkassenstützungsfonds des Ostdeutschen Sparkassenverbandes gemäß den Grundsätzen der risikoorientierten Beitragsbemessung des Sicherungssystems der Sparkassen-Finanzgruppe wurden Rückstellungen in Höhe von 413,3 TEUR (Barwert) gebildet. Auf die Ausführungen zu den künftigen Einzahlungsverpflichtungen in ein nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. § 43 des Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) anerkanntes Einlagensicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe unter Abschnitt „Sonstige finanzielle Verpflichtungen“ (§ 285 Nr. 3a HGB) wird verwiesen.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Es besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB.

Strukturierte Produkte

Die strukturierten Produkte

- Festzinsdarlehen mit optionalen Sondertilgungsrechten
- Forward-Darlehen
- Forward-Zinsvereinbarungen

wurden einheitlich (ohne Abspaltung der Nebenrechte) bilanziert und bewertet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs)

Alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands (Bankbuch) wurden in eine Gesamtbetrachtung einbezogen, der die Methodik der barwertorientierten Betrachtungsweise zugrunde liegt. Nach dem Prinzip der verlustfreien Bewertung von Zinsrisiken im Jahresabschluss von Kreditinstituten ergibt sich die Notwendigkeit zur Bildung einer Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften nur insoweit, dass der Buchwert des Bankbuchs größer ist als der Barwert des Bankbuchs. Aus der Überprüfung zum Bilanzstichtag ergab sich kein Rückstellungsbedarf für Zinsänderungsrisiken, da der Netto-Buchwert aller zinstragenden Positionen durch den kongruent ermittelten Netto-Barwert unter Berücksichtigung der dem Zinsbuch zurechenbaren Risiko- und Verwaltungskosten überdeckt wurde.

Währungsumrechnung

Die Sortenbestände wurden zum Ankaufskurs der Helaba umgerechnet.

Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

Die Erfolge aus der Umrechnung der Sortenbestände wurden vollständig erfolgswirksam vereinnahmt.

II. Erläuterungen zur Jahresbilanz

Aktivseite:

Posten 3: Forderungen an Kreditinstitute

In diesem Posten sind enthalten:

Forderungen an die eigene Girozentrale	15.430.176,75 Euro
--	--------------------

Posten 4: Forderungen an Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

Forderungen an verbundene Unternehmen:

- Bestand am Bilanzstichtag	1.616.961,71 Euro
-----------------------------	-------------------

- Bestand am 31.12. des Vorjahres	1.850.032,36 Euro
-----------------------------------	-------------------

Forderungen an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

- Bestand am Bilanzstichtag	1.260.461,33 Euro
-----------------------------	-------------------

- Bestand am 31.12. des Vorjahres	1.260.461,33 Euro
-----------------------------------	-------------------

Forderungen mit Nachrangabrede:

- Bestand am Bilanzstichtag	303.000,00 Euro
-----------------------------	-----------------

- Bestand am 31.12. des Vorjahres	303.000,00 Euro
-----------------------------------	-----------------

Posten 5: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

In diesem Posten sind enthalten:

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind

börsennotiert	171.486.290,13 Euro
---------------	---------------------

nicht börsennotiert	0,00 Euro
---------------------	-----------

Posten 6: Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

- Bestand am Bilanzstichtag	90.256.203,08 Euro
-----------------------------	--------------------

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind

börsennotiert	0,00 Euro
---------------	-----------

nicht börsennotiert	8.845.030,51 Euro
---------------------	-------------------

In diesem Posten ist der Spezialfonds der Sparkasse enthalten. Die Sparkasse ist alleinige Eigentümerin des Spezialfonds.

Klassifizierung nach Anlagezielen	Buchwert - TEUR -	Marktwert/ Anteilwert - TEUR -	Differenz zwischen Marktwert und Buchwert - TEUR -	(Ertrags-) Ausschüttungen in 2015 - TEUR -
Mischfonds	76.683	84.340	7.657	1.692

Das dargestellte Investmentvermögen unterlag zum Bilanzstichtag keiner Beschränkung in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe.

Posten 8: Anteile an verbundenen Unternehmen

In diesem Posten sind enthalten:

Leasingobjektgesellschaft 4.806,14 Euro

Auf die Einbeziehung der Leasingobjektgesellschaft im Sinne § 290 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 HGB in einen Konzernabschluss wurde wegen der untergeordneten Bedeutung für die Vermittlung eines den tatsächlichen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage verzichtet, weil sowohl die GuV-mäßige Auswirkung auf das Konzernergebnis von untergeordneter Bedeutung sein würde, das negative Eigenkapital der Leasingobjektgesellschaft nur zu einer Verminderung des Konzerneigenkapitals von unter 5,0 % führen würde und die Bilanzsumme der Leasingobjektgesellschaft unter 5,0 % der Bilanzsumme der Sparkasse liegt.

Posten 12: Sachanlagen

Der Bilanzwert der Betriebs- und Geschäftsausstattung beträgt 718.788,99 Euro

Posten 14: Rechnungsabgrenzungsposten

Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungs- und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten oder Anleihen 20.421,02 Euro

Bestand am 31.12. des Vorjahres 37.541,20 Euro

Posten 15: Aktive latente Steuern

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen Handels- und Steuerbilanz bestehen zum 31. Dezember 2015 Steuerlatenzen.

Dabei wird der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen, die im Wesentlichen aus den Beteiligungen der Sparkasse an Personenhandelsgesellschaften und aus negativen besitzanteiligen (Anleger-) Aktiengewinnen bei Anteilen an Investmentvermögen resultieren, durch absehbare Steuerentlastungen überdeckt. Die Steuerentlastungen resultieren aus bilanziellen Ansatzunterschieden insbesondere bei der Forderungsbewertung und aus positiven besitzanteiligen (Anleger-) Aktiengewinnen bei Anteilen an Investmentvermögen.

Eine passive Steuerabgrenzung war demzufolge nicht erforderlich, auf den Ansatz aktiver latenter Steuern wurde verzichtet. Die Ermittlung der Differenzen erfolgte bilanzpostenbezogen unter Zugrundelegung eines Steuersatzes von 28,075 % (Körperschaft- und Gewerbesteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag).

Aus Beteiligungen an Personengesellschaften resultierende, lediglich der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag unterliegende Differenzen, wurden bei den Berechnungen mit 15,825 % bewertet.

Mehrere Posten betreffende Angaben:

Der Gesamtbetrag der auf Fremdwährung
lautenden Sortenbestände beläuft
sich auf

9.794,22 Euro

Anlagenspiegel

Entwicklung des Anlagevermögens (in TEUR)									
	Anschaffungs-/Herstellungskosten				Zuschreibungen	Abschreibungen		Buchwerte	
	01.01.2015	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	lfd. Jahr	kumuliert	lfd. Jahr	31.12.2015	31.12.2014
Immaterielle Anlagewerte	215,4	2,9	0	0	0	214,3	4,7	3,9	5,7
Sachanlagen	4.825,1	170,3	0	218,1	0	4.058,5	136,2	718,8	684,7
		Veränderungen +/-							
Schuldscheindarlehen	0							10.000,0	10.000,0
Aktien und andere nicht verzinsliche Wertpapiere	+733,8							5.734,2	5.000,4
Beteiligungen	-6,8							919,5	926,3
Anteile an verbundenen Unternehmen	0							4,8	4,8

Die Abschreibungen des laufenden Jahres sind kein rechnerischer Bestandteil des Anlagenspiegels. Es wurde von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV Gebrauch gemacht. Die Fortführung der Spalte Anschaffungskosten ist wegen der Anwendung von § 34 Abs. 3 Satz 2 RechKredV nicht möglich.

Beteiligungsspiegel

Die Sparkasse besitzt folgende Anteile an anderen Unternehmen in Höhe von mindestens 20 %:

Name und Sitz	Eigenkapital in Euro per 31.12.2015	Beteiligungsquote	Ergebnis 2015 in Euro
Eudiom Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Sparkassenneubau Schwedt OHG Wilhelm-Theodor-Römheld-Straße 30 55130 Mainz	- 571.276,87	94 %	105.531,10

Die Sparkasse ist persönlich haftende Gesellschafterin bei der Eudiom Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Sparkassenneubau Schwedt OHG.

Passivseite:

Posten 1: Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In diesem Posten sind enthalten:

Der Gesamtbetrag der als Sicherheit für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten übertragenen Vermögensgegenstände beläuft sich auf 523.101,72 Euro

Posten 2: Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen 218,15 Euro

Bestand am 31.12. des Vorjahres 241,63 Euro

Posten 6: Rechnungsabgrenzungsposten

Unterschiedsbeträge zwischen dem Auszahlungsbetrag bzw. den Anschaffungskosten von Forderungen gegenüber dem höheren Nominalwert sind enthalten in Höhe von 334,48 Euro

Bestand am 31.12. des Vorjahres 724,45 Euro

Posten 9: Nachrangige Verbindlichkeiten

Für nachrangige Verbindlichkeiten sind im Berichtsjahr Zinsen und andere Aufwendungen in Höhe von 203.543,13 Euro angefallen.

Die einzelnen Mittelaufnahmen, die jeweils 10 % des Gesamtbetrages übersteigen, sind wie folgt ausgestattet:

Betrag in Euro	Zinssatz %	Fälligkeit am	vorzeitige Betrag Rückzahlungsverpflichtung
1.000.000	4,87	26.03.2018	nein

Die Bedingungen der Nachrangigkeit bei diesen Mitteln entsprechen § 10 Abs. 5 a KWG a. F. und Artikel 63 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR).

Die (sonstigen) Mittelaufnahmen sind im Durchschnitt mit 3,921 % verzinst. Die Ursprungslaufzeiten bewegen sich zwischen 7 und 10 Jahren. Im Folgejahr werden Mittelaufnahmen in Höhe von 275,2 TEUR zur Rückzahlung fällig.

Passiva unter dem Strich:

1. Eventualverbindlichkeiten

Im Zusammenhang mit der Unterbeteiligung des Ostdeutschen Sparkassenverbandes an einer Erwerbsgesellschaft mbH & Co. KG hat der Hauptbeteiligte gegenüber dem Unterbeteiligten Anspruch auf Ersatz seiner Finanzierungskosten, sofern die von der Erwerbsgesellschaft mbH & Co. KG erzielten Erträge nicht ausreichen, die Finanzierungskosten zu begleichen. In einem solchen Fall hat die Sparkasse die Verpflichtung übernommen, anteilig für den anfallenden Aufwendungsersatz (Zinsen und Darlehensverbindlichkeiten) einzustehen. Die Sparkasse hat darüber hinaus die Verpflichtung übernommen, für anfallende Zinsen aus einer Darlehensschuld des Ostdeutschen Sparkassenverbands (Unterbeteiligter) einzustehen. Hinsichtlich der Bildung von Rückstellungen aufgrund des erwarteten Aufwendungsersatzes und der Umlagebeträge wird auf die Ausführungen unter I. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden Posten: Rückstellungen verwiesen.

Ein Betrag, zu dem die Inanspruchnahme aus dem Haftungsverhältnis künftig noch greifen kann, ist nicht quantifizierbar.

2. Andere Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestehende, noch nicht eingeforderte verbindliche Zeichnungszusagen auf geschlossene Immobilienfondsanteile in Höhe von 1.271,6 TEUR wurden nicht unter den unwiderruflichen Kreditzusagen ausgewiesen, sondern sind als sonstige finanzielle Verpflichtungen nach § 285 Nr. 3a HGB einzustufen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestehende, nicht aus der Bilanz ersichtliche finanzielle Verpflichtungen aus Leasingverhältnissen mit einer Laufzeit bis 2017 betragen für das Jahr 2016 266,2 TEUR und für 2017 177,4 TEUR. Die aufgeführten Beträge entfallen vollständig auf Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen.

Die Sparkasse gehört dem institutsbezogenen Sicherungssystem der Deutschen Sparkassen-Finanzgruppe (Sicherungssystem) an, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft (freiwillige Institutssicherung). Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung. Das Sicherungssystem basiert auf dem Prinzip der Institutssicherung. Ziel dabei ist es, die angehörnden Institute selbst zu schützen und bei diesen drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten abzuwenden. Auf diese Weise schützt die Institutssicherung auch sämtliche Einlagen der Kunden.

Das Sicherungssystem ist als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) amtlich anerkannt (gesetzliche Einlagensicherung). Unabhängig von der Institutssicherung hat der Kunde gegen das Sicherungssystem jedenfalls einen Anspruch auf Erstattung seiner Einlagen i. S. v. § 2 Absätze 3 bis 5 EinSiG bis zu den Obergrenzen gem. § 8 EinSiG (derzeit 100.000 Euro pro Person).

Die Sparkassen-Finanzgruppe hat das bisherige System der freiwilligen Institutssicherung für alle deutschen Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen beibehalten. Zusätzlich erfüllt das Sicherungssystem auch die Anforderungen des EinSiG und wurde von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) als Einlagensicherungssystem anerkannt.

Im Bedarfsfall entscheiden die Gremien der zuständigen Sicherungseinrichtungen darüber, ob und in welchem Umfang Stützungsleistungen im Rahmen der freiwilligen Institutssicherung zugunsten eines Instituts erbracht und an welche Auflagen diese ggf. geknüpft werden. Der Einlagensicherungsfall hingegen würde von der BaFin festgestellt. In diesem Fall hat das Sicherungssystem die Funktion der Auszahlungsstelle.

Das Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation besitzt ein effizientes Risikomonitoringsystem zur Früherkennung von Risiken sowie eine risikoorientierte Beitragsbemessung bei gleichzeitiger Ausweitung des Volumens der verfügbaren Mittel (Barmittel und Nachschusspflichten).

Die künftigen Einzahlungsverpflichtungen in ein nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. § 43 EinSiG als Einlagensicherungssystem anerkanntes institutsbezogenes Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe („Sicherungssystem“) belaufen sich am Bilanzstichtag auf insgesamt 750,7 TEUR. Bis zum Erreichen des individuellen Zielvolumens in 2024 sind jährliche Beiträge zu entrichten. Für einen Betrag in Höhe von 450,0 TEUR wurden aufgrund einer unwiderruflichen Verpflichtungserklärung zur Zahlung von zusätzlichen Beiträgen in den Sparkassenstützungsfonds des Ostdeutschen Sparkassenverbandes Rückstellungen ausgewiesen. Auf die Ausführungen unter I. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden Posten: Rückstellungen wird verwiesen.

Restlaufzeitengliederung

Die gemäß § 9 RechKredV geforderte Gliederung der Forderungen und Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten ergibt sich für die folgenden Posten:

Posten der Bilanz	Restlaufzeit bis zu 3 Monaten	- mehr als 3 Monate bis zu 1 Jahr	- mehr als 1 Jahr bis zu 5 Jahren	- mehr als 5 Jahre
	Angaben in Euro			
Aktiva 3 b) andere Forderungen an Kreditinstitute	0,00	5.000.000,00	0,00	10.000.000,00
Aktiva 4 Forderungen an Kunden	7.722.460,42	16.029.670,64	73.606.017,22	114.801.711,86
Passiva 1 b) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	212.192,61	599.926,04	3.120.842,38	6.817.473,24
Passiva 2 a ab) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	29.191,45	0,00	3.485.529,23	15.512,66
Passiva 2 b bb) Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	10.753.597,70	9.785.244,67	23.231.454,03	2.145.637,83

Anteilige Zinsen der jeweiligen Aktiv- und Passivposten werden gemäß § 11 RechKredV nicht nach Restlaufzeiten aufgegliedert.

Angabe der Beträge, die in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig werden (ohne anteilige Zinsen):

	Euro
Posten Aktiva 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	23.108.290,00

Im Posten Aktiva 4, Forderungen an Kunden, sind Forderungen in Höhe von 6.480.483,87 Euro mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

III. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Posten 1: Zinserträge

Im Rahmen der Mindestreservehaltung und der Bargeldversorgung hat die Sparkasse im abgelaufenen Geschäftsjahr negative Zinsen an die Deutsche Bundesbank gezahlt. Diese Negativzinsen in Höhe von 6,88 Euro wurden mit den Zinserträgen, die üblicherweise bei derartigen Geschäftsvorfällen anfallen, verrechnet.

Posten 10: Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

Die Position enthält Mietzahlungen aus einem Immobilien-Leasing-Vertrag mit einer vertraglich festgelegten Mietzeit von 22,5 Jahren seit dem 01. März 1995 in Höhe von 267.529,35 Euro.

Posten 12: Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Position enthält Abfindungszahlungen auf Grund von Arbeitszeitreduzierungen und Beendigung von Arbeitsverhältnissen in Höhe von 582.351,87 Euro.

Posten 23: Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen fast ausschließlich auf das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

IV. Sonstige Angaben

Den Organen der Sparkasse gehören an:

Verwaltungsrat

Vorsitzender

Polzehl, Jürgen

Bürgermeister

Stellvertretender Vorsitzender

Klinger, Bodo

Rentner (Diplomingenieur Chemie)

Mitglieder

Barsch, Detlef

Bereichsleiter Betriebsorganisation

Engelmann, Kai

Firmenkundenberater

Giese, Jutta

Rentnerin (Sozialpädagogin)

John, Lars

Privatkundenberater

Kirsch, Ingeborg

Rentnerin (Diplombetriebswirtin)

Lichtenberg, Wolfgang

Projektleiter (Diplomingenieur Landtechnik)

Monzert, Enrico

Leiter Rechnungswesen

(Diplomwirtschaftsingenieur)

Stellvertretende Mitglieder

Grunwald, Elke

Rentnerin (Betriebswirtin Bauwesen)

Schindler, Frank

Vermögenskundenberater

Nadje, Michael

Geschäftsführer

Vorstand:

Vorsitzender

Klein, Dietrich

Mitglied

Dybowski, Jürgen

Mit nahe stehenden Unternehmen und Personen haben wir ausschließlich marktübliche Geschäfte abgeschlossen.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 19,8 TEUR.

Auf die Angabe der Bezüge des Vorstandes und der früheren Mitglieder des Vorstandes wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Pensionsrückstellungen für die früheren Mitglieder des Vorstandes betragen am 31.12.2015 803,6 TEUR.

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates wurden Kredite Höhe von 289,6 TEUR gewährt.

Im Geschäftsjahr wurde von dem Abschlussprüfer folgendes Gesamthonorar berechnet:

▪ für die Abschlussprüfungsleistungen	156,8 Tsd. Euro
▪ für andere Bestätigungsleistungen	25,0 Tsd. Euro
▪ für sonstige Leistungen	0,0 Tsd. Euro

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte	59
Teilzeitkräfte	40
Insgesamt	<u>99</u>

nachrichtlich:

Auszubildende	7
---------------	---

Schwedt, 18. Mai 2016

Vorstand

Lagebericht

Gliederung:

1. Rückblick 2015
2. Strategie und Geschäftsverlauf
3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
4. Risikobericht
5. Prognose- und Chancenbericht
6. Nachtragsbericht

1. Rückblick 2015

Deutschland 2015 mit gutem Wachstum

Die Jahresrate des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP) erreichte hierzulande nach der ersten amtlichen Schätzung 1,7 Prozent. Bei zwei Arbeitstagen mehr, die 2015 gegenüber dem Vorjahr zur Verfügung standen, entsprach dies einem arbeitstäglich bereinigten Wachstum von 1,5 Prozent.

Die stetige wirtschaftliche Entwicklung zeigte sich von den im Jahresverlauf abwechselnden geopolitischen Risiken und Krisen (Griechenland, Ukraine, Terroranschläge) nicht grundlegend erschüttert.

Treiber des realen Wachstums war aber die inländische Güterverwendung, besonders der Konsum expandierte kräftig. Der Verbrauch der Haushalte legte real um 1,9 Prozent zu.

Die Bruttoanlageinvestitionen wuchsen 2015 mit 1,7 Prozent nur halb so schnell wie 2014.

Etwas höherer staatlicher Finanzierungsüberschuss

Trotz der höheren staatlichen Konsumausgaben hat sich der Finanzierungssaldo des Staatssektors weiter in den Überschuss bewegt. Die Einnahmen stiegen noch stärker als die Ausgaben. Inzwischen haben auch die Bundesländer zusammengefasst einen ausgeglichenen Budgetsaldo erreicht. Am größten war der positive Saldo beim Bund.

Auf gesamtstaatlicher Ebene addieren sich die Überschüsse zu 0,5 Prozent des BIP. Der Bruttoschuldenstand des deutschen Staatssektors reduzierte sich Ende 2015 angesichts der günstigen Entwicklung mit Wachstum und zugleich leichten Budgetüberschüssen auf 71,4 Prozent des BIP. Das sind 3,5 Prozentpunkte weniger als ein Jahr zuvor.

Preisaufrtrieb blieb schwach, Ölpreise verfielen in mehreren Schüben

Durch die starke Verbilligung der Ölpreise blieben die Einfuhrpreise insgesamt, die Erzeugerpreise und letztlich auch die Verbraucherpreise unter erheblichem Abwärtsdruck. Die Verbraucherpreise stiegen in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2015 gemessen an der nationalen statistischen Definition nur um 0,3 Prozent.

Rechnet man die stark gefallen Energiepreise heraus, dann ergab sich auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) eine „Kernrate“ der deutschen Verbraucherpreise von 1,1 Prozent.

Geldpolitik im Euroraum expansiv

Im März 2015 hat das Eurosystem sein Anleihekaufprogramm, seine Form eines „Quantitative Easing“ begonnen. Seither werden Covered Bonds, Asset Backed Securities, vor allem aber Staatsanleihen in einem Volumen von monatlich 60 Mrd. Euro durch die Europäische Zentralbank (EZB) und die nationalen Notenbanken erworben.

Damit hat die EZB auf die anhaltend schwache Preisentwicklung reagiert. Vor allem will sie die langfristigen Inflationserwartungen bei ihrem Zielwert verankert halten. Angesichts der fortgesetzten konjunkturellen Erholung und auch einer aus der Schrumpfung gedrehten Entwicklung bei den Kreditbeständen sind allerdings keine Deflationsgefahren mehr akut.

Dennoch hat die EZB im Dezember 2015 dann noch einmal expansive Maßnahmen beschlossen. Das Ankaufprogramm wurde zeitlich verlängert und damit im Zielvolumen aufgestockt. Außerdem wurde die zuvor bereits negative Verzinsung auf der Einlagefazilität noch einmal um 10 Basispunkte auf zum Jahresende 2015 dann -0,3 Prozent gesenkt.

2. Strategie und Geschäftsverlauf

2.1 Strategie

Die Stadtparkasse Schwedt ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Träger der Sparkasse ist die Stadt Schwedt.

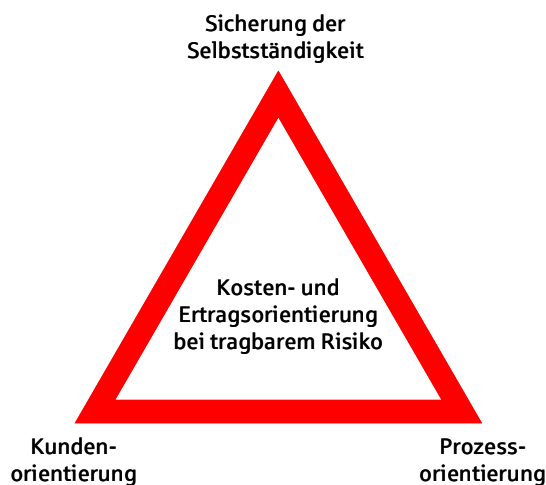
Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen und ist Mitglied des Ostdeutschen Sparkassenverbandes (OSV).

Die Stadtparkasse Schwedt agiert in einem Geschäftsgebiet, das durch Bevölkerungsrückgang, steigenden Altersdurchschnitt der Bewohner und stagnierende Kaufkraft sowie hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist.

Deshalb, und im Hinblick auf die Anforderungen der MaRisk (Fassung von Dezember 2012), entwickelt die Stadtparkasse Schwedt ihre Geschäftsstrategie regelmäßig weiter.

Ziel der Geschäftsstrategie ist es, die Selbstständigkeit der Sparkasse langfristig und nachhaltig zu sichern. Die Erfüllung des öffentlichen Auftrags im Sinne von § 2 des Brandenburgischen Sparkassengesetzes, insbesondere die Finanzierung und Begleitung kleiner und mittelständischer Unternehmen, steht dabei ebenfalls weiterhin im Vordergrund. Die Risikodeckungsmasse der Stadtparkasse Schwedt wird dementsprechend möglichst im Kundenkreditgeschäft eingesetzt.

Unter dem Leitbild „fair, günstig, gut“ stehen die nachfolgenden Unternehmensziele unverändert im Fokus der geschäftspolitischen Aktivitäten der Sparkasse:



Die Geschäftsstrategie wurde durch die Abgrenzung von Geschäftsfeldern für die Marktbearbeitung vertieft. Diese werden im Rahmen von Marktbearbeitungsstrategien differenziert betreut.

Dabei ist die sorgfältige Ermittlung der Kundenbedürfnisse Basis des Vertriebs. Mit Blick auf die hohe Marktausschöpfung soll so das Ertragspotential im Kundenbestand noch besser erschlossen werden.

Deshalb hat der Vorstand einen dritten Geschäftsbereich geschaffen. Diesem Geschäftsbereich sind der Privatkundenvertrieb und damit unmittelbar verbundene Aufgaben (Koordination der Verbundpartner, medialer Vertrieb, Werbung und Marketing) zugeordnet. Die Leitung dieses Geschäftsbereichs hat ein Vorstandsvertreter nach § 19 Absatz 7 des Brandenburgischen Sparkassengesetzes als so genannter „Generalbevollmächtigter“ übernommen.

Zur Optimierung der Organisation der Sparkasse sollen alle Prozesse so schlank wie möglich und dabei kunden- und vertriebsorientiert sein. Erfolgreiche und bewährte Konzepte des Rechenzentrums und der Sparkassenverbände werden grundsätzlich übernommen, Individualisierungen oder Eigenentwicklungen unterbleiben soweit wie möglich.

Eine konsequente Personalpolitik trägt den steigenden Anforderungen der Kunden, aber auch der diversen Aufsichtsbehörden Rechnung. Diese Anforderungen führen zwangsläufig und unmittelbar auch zu steigenden Anforderungen an die Mitarbeiter der Sparkasse. Die Personalpolitik der Sparkasse wird auf Basis einer Personalstrategie gesteuert, mit der langfristig der qualitative und quantitative Personalbedarf gesichert werden soll.

Zum Jahresende 2015 beschäftigte die Sparkasse 96 Mitarbeiter (nach Köpfen), deren Qualifikation dem individuellen Anforderungsprofil der ausgeübten Tätigkeit entspricht.

Zudem bildete die Stadtparkasse Schwedt 8 Auszubildende (Jahresende 2015) aus.

Alle wesentlichen strategischen Ziele der Sparkasse werden im Rahmen eines Strategiecontrollings überwacht. Das Strategiecontrolling umfasst nicht nur die im Rahmen des DSGVO-Risikomonitorings zu erreichenden betriebswirtschaftlichen Werte, sondern auch Kennziffern aus Kundenperspektive, Mitarbeiterperspektive und Prozessperspektive. Als nicht-finanzielle Leistungsindikatoren werden in diesem Zusammenhang u. a. Kundenzufriedenheit und Mitarbeiterzufriedenheit ausgewertet. So ist gewährleistet, dass Vorstand und Verwaltungsrat die Strategieumsetzung sowie die strategische Zielerreichung verfolgen und ggf. diesbezügliche Entscheidungen treffen können.

2.2 Geschäftsverlauf

2.2.1 Bilanzsumme

Die Bilanzsumme der Stadtparkasse Schwedt beträgt zum 31. Dezember 2015 520,0 Mio. EUR. Das entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 37,4 Mio. EUR bzw. 7,7 %. Dieser Zuwachs resultiert vor allem aus der Zunahme von Verbindlichkeiten gegenüber Kunden inkl. nachrangige Verbindlichkeiten (26,4 Mio. EUR) sowie den Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken (11,1 Mio. EUR). Auf der Aktivseite stiegen die Brutto-Kundenforderungen (nach den Zahlen der Statistik „Geschäftsentwicklung“) deutlich um 9,7 Mio. EUR. Auch die Eigenanlagen erhöhten sich aufgrund des anhaltend hohen Kundeneinlagenzuflusses um 16,8 Mio. EUR.

2.2.2 Kundengeschäft

2.2.2.1 Einlagengeschäft

Die Kundeneinlagen nahmen stichtagsbezogen deutlich um 26,4 Mio. EUR (+ 6,1 %) auf 458,5 Mio. EUR zu. Dieser Anstieg steht im Gegensatz zu dem geplanten Rückgang der Kundeneinlagen für das Geschäftsjahr 2015.

Die Spareinlagenbestände haben sich weiter erhöht (+ 3,6 Mio. EUR). Im Zuge der anhaltenden Verunsicherung hinsichtlich der künftigen Entwicklung im Euroraum ist die deutliche Präferenz der Kunden zu kurzfristig verfügbaren Einlagen unverändert spürbar. Im Ergebnis sind auch die kurzfristigen Einlagen der Kunden (Sichteinlagen und Geldmarktkonten) im Jahr 2015 wiederholt deutlich um 32,6 Mio. EUR angestiegen (+ 12,8 %). Bei den Sparkassenbriefen und anderen befristeten Einlagen ist insgesamt ein Rückgang um 9,8 Mio. EUR zu verzeichnen (- 16,1 %).

2.2.2.2 Kundenkreditgeschäft

Das gesamte Bruttokreditvolumen (nach den Zahlen der Statistik "Geschäftsentwicklung") erhöhte sich um 9,7 Mio. EUR auf 206,4 Mio. EUR. Der Anstieg fiel damit etwa ein Drittel geringer als für 2015 geplant aus. Von dem Gesamtbestand entfallen 101,8 Mio. EUR auf Privatpersonen, 79,7 Mio. EUR auf Unternehmen und Selbständige (davon 12,5 Mio. EUR Schuldscheindarlehen) sowie 24,9 Mio. EUR auf öffentliche Haushalte und sonstige Kreditnehmer (davon 1,5 Mio. EUR Schuldscheindarlehen).

Im Jahr 2015 sagte die Stadtparkasse Schwedt neue Darlehen mit einem Volumen von 47,9 Mio. EUR zu (Vorjahr 32,7 Mio. EUR).

Die Darlehenszusagen an Privatpersonen sind auf 27,8 Mio. EUR gestiegen. Dabei erhöhten sich die Konsumentenkreditzusagen sowie die Zusagen für Wohnungsbaufinanzierungen im Vergleich zum Vorjahr deutlich. Die Zusagen an Unternehmen liegen 6,4 Mio. EUR über dem Vorjahr (insgesamt 19,9 Mio. EUR).

Schwerpunkte des gewerblichen Kreditportfolios liegen, wie auch in den Vorjahren, in den Branchen Grundstücks- und Wohnungswesen, verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe und kommunalnahe Unternehmen. Konjunktur- und strukturbedingt verbinden sich mit diesen Branchen zum Teil besondere Risiken. Der Anteil der Brutto-Kundenkredite an der Bilanzsumme (nach den Zahlen der Statistik „Geschäftsentwicklung“) liegt mit 42,2 % über dem Durchschnittswert der Brandenburgischen Sparkassen (40,0 %).

2.2.2.3 Dienstleistungsgeschäft

Der Nettoabsatz an Kunden im Wertpapiergeschäft liegt mit 5,1 Mio. EUR wiederum deutlich über dem Vorjahresniveau (3,2 Mio. EUR).

Die Bestände in den Wertpapierdepots der Kunden verringerten sich um 3,0 Mio. EUR auf 19,5 Mio. EUR. Die Bestände der DekaBankDepots erhöhten sich dagegen erneut deutlich um 8,9 Mio. EUR auf 55,5 Mio. EUR.

Das Versicherungsgeschäft lag auf dem Niveau des Vorjahres, das Vermittlungsgeschäft für Immobilien über dem Vorjahreswert. Das Bauspargeschäft verfehlte dagegen das Ergebnis des Vorjahres.

2.2.3 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Mio. EUR auf 10,8 Mio. EUR.

2.2.4 Eigenanlagengeschäft

Der Gesamtbestand der Eigenanlagen erhöhte sich deutlich um 16,8 Mio. EUR auf 261,8 Mio. EUR. Hervorzuheben ist unverändert ein Spezialfonds mit einem Gesamtbuchwert von 76,7 Mio. EUR (Vorjahr 75,0 Mio. EUR).

Der Bestand an Forderungen aus Schuldscheindarlehen gegenüber Kreditinstituten blieb im Geschäftsjahr 2015 unverändert.

2.2.5 Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Im Jahr 2015 hat die Sparkasse wiederum eine Kundenzufriedenheitsbefragung durchgeführt. Im Ergebnis wurde das Kundenurteil „gut“ erneut bestätigt.

Zur Sicherung der Qualität der Mitarbeiter hat die Sparkasse im Jahr 2015 pro Mitarbeiter durchschnittlich 1 TEUR für Weiterbildungsmaßnahmen investiert.

3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

3.1 Gewinn- und Verlustrechnung

Die Entwicklung der Ertragslage war wiederum zufriedenstellend. Das Betriebsergebnis vor Bewertung erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr leicht um 0,11 Mio. EUR. Gemessen an der Planung für das Jahr 2015 liegt das Betriebsergebnis vor Bewertung leicht über dem geplanten Niveau.

Das negative Bewertungsergebnis von 1,42 Mio. EUR lag deutlich unterhalb des Vorjahresniveaus. Sowohl das Bewertungsergebnis der Eigenanlagen als auch das Bewertungsergebnis aus dem Kundenkreditgeschäft weisen negative Beträge aus.

Nach Abzug des Steueraufwandes verbleibt ein verfügbarer Gewinn von 0,67 Mio. EUR (- 2,03 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr).

Die Cost-Income-Ratio des Geschäftsjahres 2015 beträgt 69,8 % (Vorjahr 69,7 %) und liegt damit unterhalb der Planung von 70,7 %.

3.2 Gliederung der Ertragspositionen

Die Ertragslage wird in der nachfolgenden Gliederung dargestellt:

Position	31. Dez. 2014 in Mio. EUR	31. Dez. 2015 in Mio. EUR
Zinsüberschuss	10,08	10,20
Provisionsüberschuss / sonst. ordentliche Erträge	2,42	2,68
<i><u>Summe ordentliche Erträge</u></i>	<u>12,50</u>	<u>12,88</u>
<i><u>Summe ordentliche Aufwendungen</u></i>	<u>-8,72</u>	<u>-8,99</u>
<u>Betriebsergebnis I (vor Bewertung)</u> (inkl. Nettoergebnis aus Finanzgeschäften)	<u>3,78</u>	<u>3,89</u>
<i><u>Summe Bewertungsergebnis</u></i>	<u>0,70</u>	<u>-1,42</u>
<u>Betriebsergebnis II (nach Bewertung)</u>	<u>4,48</u>	<u>2,47</u>
Neutrales Ergebnis	-0,66	-0,83
Ertragssteuern	-1,12	-0,97
<u>Verfügbarer Gewinn</u>	<u>2,70</u>	<u>0,67</u>

Zu den Ergebnissen im Einzelnen:

3.2.1 Zinsüberschuss

Der leicht gestiegene Zinsüberschuss resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der Volumina. Dabei sind auf Grund des allgemein gesunkenen Zinsniveaus in Deutschland sowohl die Zinserträge als auch die Zinsaufwendungen weiter gesunken. Der Zinsüberschuss entspricht der Prognose der Sparkasse.

3.2.2 Provisionsüberschuss/sonstiger ordentlicher Ertrag

Der Provisionsüberschuss/sonstiger ordentlicher Ertrag hat sich im Vergleich zum Vorjahr spürbar um 0,26 Mio. EUR erhöht und entspricht damit annähernd der Planung der Sparkasse.

Dabei konnten vor allem die Provisionserträge im Kundenwertpapiergeschäft sowie im Geschäftsgiroverkehr deutlich gesteigert werden. Die Zunahme der Geschäftsgiroerträge resultiert aus der Überarbeitung der angebotenen Giromodelle verbunden mit einer entsprechenden Preiserhöhung.

3.2.3 Ordentlicher Aufwand

Der Personalaufwand liegt über dem Vorjahresniveau, allerdings unter den Planungen der Sparkasse.

Demgegenüber liegen die Sachaufwendungen über dem Stand des Vorjahres und leicht oberhalb der Planung für das Jahr 2015.

3.2.4 Bewertungsergebnis

Für das Kundenkreditgeschäft ergibt sich ein negatives Bewertungsergebnis. Dabei hat die Sparkasse von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 0,89 Mio. EUR über den steuerlich anerkannten Anteil hinaus zu bilden.

Die Stadtsparkasse Schwedt hat, wie auch in den Vorjahren, die gesamten Eigenanlagebestände nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Insgesamt führte dies zu einem negativen Bewertungsergebnis von -0,99 Mio. EUR. Bewertungsaufwendungen aus Adressenausfällen im Eigenanlagegeschäft bestehen nicht.

Aus den Beteiligungen der Sparkasse resultieren keine Bewertungen.

Insgesamt wurde das geplante Risikobudget von 1,40 Mio. EUR eingehalten.

3.2.5 Neutrales Ergebnis

Das negative neutrale Ergebnis fiel mit 0,83 Mio. EUR auf Grund einer freiwilligen Dotierung des Stützungsfonds des Ostdeutschen Sparkassenverbandes sowie Aufwendungen für Restrukturierungsmaßnahmen (insbesondere Personalabbau) von insgesamt 1,05 Mio. EUR schlechter als das Vorjahresergebnis aus.

3.2.6 Ertragssteuern

Insgesamt ergibt sich ein Betriebsergebnis vor Steuern von 1,64 Mio. EUR. Die darauf entfallenden Ertragssteuern belaufen sich auf 0,97 Mio. EUR, davon 0,45 Mio. EUR Gewerbesteuer.

3.3. Finanz- und Vermögenslage

Die Finanz- und Vermögenslage der Sparkasse ist geordnet und solide.

Nach dem Beschluss über die Zuführung aus dem Bilanzgewinn 2015 wird sich die Sicherheitsrücklage auf 18,32 Mio. EUR (+ 1,80 %) erhöhen. Daneben verfügt die Sparkasse über umfangreiche ergänzende Eigenkapitalbestandteile. So wird die Sparkasse eine Dotierung des Sonderpostens für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB in Höhe von 11,15 Mio. EUR vornehmen. Ein Teilbetrag in Höhe von 0,35 Mio. EUR (aufgrund der Restrukturierungsmaßnahmen weniger als geplant) wird aus dem Jahresergebnis der Sparkasse zugeführt. Zur Stärkung der Eigenkapitalbasis im Hinblick auf die steigenden

Kapitalanforderungen aus Basel III hat die Sparkasse außerdem eine Umwidmung von freien Reserven nach § 340 f HGB zugunsten des Sonderpostens für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB in Höhe von 10,80 Mio. EUR durchgeführt. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel gemäß CRR – bezogen auf die Eigenmittelanforderungen per 31. Dezember 2015 – überschreitet – wie auch in den Vorjahren – mit 17,18 % deutlich den gesetzlich vorgeschriebenen Wert von 8,00 %. Die Kernkapitalquote der Sparkasse beträgt zum 31. Dezember 2015 14,57 %. Die Kapitalrendite gemäß § 26 a KWG, berechnet als Quotient aus Jahresüberschuss und Bilanzsumme, beträgt 0,06 %. Eine entsprechend berechnete Kennzahl unter Einbeziehung der Zuführung aus dem verfügbaren Gewinn in den Fonds für allgemeine Bankrisiken beträgt 0,13 %. Die Basis für eventuelle künftige Geschäftsausweitungen sowie höhere aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderungen ist gegeben.

Die Sparkasse verfügt über stille Reserven nach § 26 a KWG (a. F.). Mit den gebildeten Wertberichtigungen und Rückstellungen wurde den erkannten Risiken im Kreditgeschäft und den sonstigen Verpflichtungen ausreichend Rechnung getragen.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr auf Grund einer angemessenen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben.

Die Grundsätze über Eigenkapital und Liquidität wurden jederzeit eingehalten. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden entsprechende Guthaben bei der zuständigen Zentralbank unterhalten. Die Liquiditätskennziffer beträgt zum 31. Dezember 2015 5,63 und liegt damit sehr deutlich über dem Mindestwert von 1,00. Zugesagte Kreditlinien von anderen Kreditinstituten bestehen nicht. Die Beobachtungskennziffer LCR beträgt 5,18 % zum 31. Dezember 2015.

3.4 Zusammenfassende Würdigung

Die Geschäftsentwicklung ist insgesamt zufriedenstellend verlaufen. Der Vorstand ist mit der wirtschaftlichen Lage der Sparkasse zufrieden. Die Eigenmittel konnten, wie in den Vorjahren, gestärkt werden. Zudem ist ein hoher Bestand an Liquidität vorhanden.

4. Risikobericht

4.1 Risikomanagement

Die im Rahmen dieses Berichtes betrachteten Risiken definiert die Stadtparkasse Schwedt folgendermaßen:

- **Adressenausfallrisiken**
Unter Adressenausfallrisiken versteht man die Gefahr eines teilweisen oder vollständigen Ausfalls vertraglich zugesagter Leistungen der Geschäftspartner. Diese Risiken bestehen insbesondere in Form von Bonitätsverschlechterungs- als auch Ausfallrisiken im gewerblichen Kundenkreditgeschäft und im Eigenanlagegeschäft der Sparkasse. Auf Gesamtbankebene ist zusätzlich der Grad der Diversifikation des Kreditportfolios entscheidend (Strukturrisiko).
- **Marktpreisrisiken**
Unter dem Marktpreisrisiko versteht man mögliche Wertverluste bei Finanztransaktionen, die durch Veränderungen von Zinsen, Spreads, Volatilitäten, Aktien-, Immobilien- und Fremdwährungskursen eintreten können. Alle Marktpreisrisiken können bei handelsrechtlicher Betrachtung zum Bewertungs- (31. Dezember) oder Realisationsstichtag zu Abschreibungen führen oder bei barwertiger Betrachtung zu einer Barwertminderung. Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch als Teil der Marktpreisrisiken bestehen in der, aus einer Änderung des Marktzinses resultierenden, Veränderung des Wertes von Finanzinstrumenten des Anlagebuches.
- **Liquiditätsrisiken**
Unter dem Liquiditätsrisiko wird die Gefahr verstanden, dass die Sparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen, d. h. Zahlungsmittel nicht oder nur zu erhöhten Kosten beschaffen kann.
- **Operationelle Risiken**
Beim operationellen Risiko handelt es sich um die Gefahr von Schäden, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.
- **Vertriebsrisiken**
Das Vertriebsrisiko beschreibt negative Ergebniswirkungen auf Grund von Abweichungen von der Produktabsatz-Planung. Im Gegensatz zu anderen Risikoarten führen schlagend gewordene Vertriebsrisiken nicht zu einem Verlust im buchhalterischen Sinne, sondern zu einer Minderung des geplanten Ertrages (Zins- und Provisionsertrag). Eine weitere Besonderheit ist die Tatsache, dass sich die Tragweite des Vertriebsrisikos erst sukzessive über mehrere GuV-Perioden zeigt.

4.2 Strategien, Prozesse, Struktur und Organisation

Gemäß den Vorgaben der MaRisk sind die Risikostrategien der Stadtparkasse Schwedt konsistent zur Geschäftsstrategie und berücksichtigen alle wesentlichen Risiken. Neben einer übergreifenden Gesamtrisikostrategie hat die Sparkasse Teilstrategien für Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken, Operationelle Risiken und Vertriebsrisiken verabschiedet. Art und Umfang der Risikoübernahme sowie des Umgangs mit den Risiken ergeben sich aus den Aktivitäten in den einzelnen Geschäftsfeldern, welche im Rahmen der Geschäftsstrategie festgelegt wurden.

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für die Risikostrategien, das Risikotragfähigkeitskonzept, die ordnungsgemäße Organisation, die Überwachung der Risiken aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung.

Der Bereich Gesamtbanksteuerung der Sparkasse, der dem Marktfolgevorstand zugeordnet ist, übernimmt das operative Risikocontrolling und trägt die Verantwortung für das Risikoreporting aller Risikoarten.

Die operative Risikosteuerung wird in der Sparkasse wahrgenommen durch:

- die Vertriebsbereiche der Sparkasse,
- den Bereich Marktfolge Aktiv sowie
- einen Internen Anlageausschuss.

Ein weiterer Bestandteil des internen Kontrollsystems i. S. der MaRisk ist der Bereich Revision. Durch diesen erfolgt eine regelmäßige Prüfung des Risikomanagementsystems.

Als wesentliche Risiken wurden für die Stadtparkasse Schwedt Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken, operationelle Risiken und Vertriebsrisiken definiert.

Die Sparkasse nimmt das Management der Adressenausfall- und der Marktpreisrisiken sowie der operationellen Risiken und der Vertriebsrisiken auf Basis einer Risikotragfähigkeitsbetrachtung vor. Diese Risiken werden im Rahmen einer Gesamtrisikotragfähigkeitsberechnung ermittelt und limitiert. Dabei werden die Spreadrisiken, welche grundsätzlich Teil der Marktpreisrisiken sind, als separate Risikokategorie betrachtet.

Dazu wird auf Basis der operativen Ertragskraft der Sparkasse und der vorhandenen Reserven nach § 26 a KWG (a. F.) sowie §§ 340 f und g HGB sowie der Sicherheitsrücklage das Risikodeckungspotenzial ermittelt. Für die Szenarien „Planszenario“ und „Risikoszenario“ erfolgt die Definition der maximal einsetzbaren Risikodeckungsmasse, die auf Adressenausfall-, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken und Vertriebsrisiken verteilt werden. Dabei geht die Sparkasse von einem Going-Concern-Ansatz aus unter Sicherstellung einer Mindesteigenmittelquote von 10,0 % bzw. einer Harten Kernkapitalquote von mindestens 8,0 %. Für die Betrachtungen im Risikoszenario unterstellt die Sparkasse grundsätzlich einen rollierenden 12-Monats-Zeitraum. Für das Jahr 2016 hat die Sparkasse einen Wechsel der Anwendung vorgenommen. Danach wird ausschließlich das Risikoszenario als steuerungsrelevantes Szenario betrachtet. Die Höhe der Limitierung sowie die Auslastung der vergebenen Limite werden regelmäßig im Rahmen von Risikoanalysen überprüft.

Daneben werden auch Stressszenarien für die dominierenden Risikoarten berücksichtigt. Für das Adressenausfallrisiko des Kundenkreditgeschäfts simuliert die Sparkasse die Auswirkungen deutlicher Ratingverschlechterungen bei gleichzeitig erheblichem Werteverfall des Sicherheitenportfolios. Dem Stressszenario für das Adressenausfallrisiko der Eigenanlagen liegt im Einklang mit der Betrachtung des Kundenkreditgeschäfts die Annahme einer deutlichen Ratingverschlechterung zu Grunde. Das Marktpreisrisiko der Sparkasse wird im Stressszenario unter der Annahme starker Erhöhungen der Zinsstrukturkurve bei gleichzeitig deutlichem Werteverfall am Aktienmarkt ermittelt. Zusätzlich betrachtet die Sparkasse die Spreadrisiken des Eigenanlagenportfolios unter der Annahme starker Spreadausweitungen.

Der Stresstest für die Adressenausfallrisiken der Eigenanlagen weist die höchste Risikoausprägung auf.

Entsprechend der Vorgaben der Mindestanforderungen an das Risikomanagement betrachtet die Sparkasse auch die Auswirkungen von inversen Stresstests und simuliert einen schweren konjunkturellen Abschwung.

Die beschriebene Herangehensweise ermöglicht das kontrollierte Eingehen von Risiken im Rahmen einer ertragsorientierten Gesamtbanksteuerung.

Auf diese Weise stellt die Sparkasse sicher, dass zur Abschirmung der potentiellen Risiken jederzeit ausreichendes Eigenkapital vorhanden ist.

4.3 Risikoreporting

Der Gesamtvorstand sowie der Verwaltungsrat der Sparkasse werden regelmäßig umfassend über die Risikotragfähigkeit, die Risiken i. S. der MaRisk sowie die Limitauslastung informiert.

Der Bericht über die Risikotragfähigkeit der Sparkasse wird vierteljährlich erstellt. Über die einzelnen Risikoarten wird in spezifischen Einzelreports berichtet. Abhängig von der Bedeutung der Risikoarten werden quartalsweise Risikoberichte, sowie zum Teil monatliche und wöchentliche Teilauswertungen erstellt. Diese werden dem Gesamtvorstand sowie den verantwortlichen Bereichen zur Verfügung gestellt.


Der Verwaltungsrat der Sparkasse erhält vierteljährliche Risikoberichte. Die Berichterstattung zum Operationellen Risiko erfolgt in jährlichem Rhythmus. Verantwortlich für das Risikoreporting sowie die angewandten Methoden ist der Bereich Gesamtbanksteuerung.

Neben dem periodischen Managementreporting existieren zusätzlich Regelungen für ein Ad-hoc-Frühwarnsystem.


4.4 Adressenausfallrisiken

Diese Risiken bestehen insbesondere auch in Form von Bonitätsverschlechterungs- und Ausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft.

Das Kundenkreditgeschäft fokussiert sich gemäß dem sparkassenrechtlichen Regionalprinzip auf die Stadt Schwedt, insoweit bestehen Konzentrationsrisiken. Durch diverse quantitative und qualitative Steuerungsinstrumente (z. B. gruppeninternes Ratingsystem, Berichtswesen, gegebenenfalls Einschränkungen bei der Kreditvergabe) und die Umsetzung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement wird ein risikoreduzierender und – begrenzender Einfluss erzielt. Daneben hat die Sparkasse ein System von Limiten zur Risikofrüherkennung struktureller Portfoliorisiken implementiert. So erfolgt eine Überwachung der ungesicherten Kredit- und Darlehensvolumina in potentiell ausfallgefährdeten Risikoklassen. Zur Steuerung der Risikokonzentrationen im Kundenkreditgeschäft nutzt die Sparkasse eine quantitative und qualitative Limitierung von granularitätsrelevanten Adressen.

Die Sparkasse setzt mit dem verbandseinheitlichen Rating der  Rating und Risikosysteme GmbH (SR) ein aussagekräftiges Risikoklassifizierungsverfahren zur Beurteilung von Adressenausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft ein. Das SR-Rating stellt ein mathematisch-statistisches Beschreibungsmodell dar, das die ausfallrelevanten Merkmalsausprägungen eines Kreditnehmers auf der Basis historischer Erfahrungswerte in eine Bonitätsaussage übersetzt.

Im gewerblichen Kreditgeschäft nutzt die Sparkasse die Segmente Standard-, Immobilien- und KundenKompaktRating. Die Ratingnoten werden mindestens jährlich überwacht. Im Privatkundengeschäft kommen das kundenbezogene Bestands- sowie das anlassbezogene Antragscoring für Konsumentenkredite und Baufinanzierungen zum Einsatz. Neben der laufenden Überwachung der Kundenkredite ist somit bereits bei der Kreditvergabe eine umfassende Risikoanalyse der Kreditkunden gewährleistet. Auf dieser Grundlage befinden sich ca. 96 % des Kundenkreditportfolios in sehr guten bzw. guten Ratingnoten.

Erwartete Sicherheitenerlöse werden anhand von Verwertungsquoten quantifiziert. Diese Verwertungsquoten werden von der  Rating und Risikosysteme GmbH bereitgestellt. Die Sparkasse führt eine Validierung der Quoten durch und wendet diese Quoten auf die im Kreditportfolio vorhandenen Sicherheiten an. Die Sparkasse beachtet bei der Sicherheitenbewertung die BelG und hinsichtlich der vorgegebenen Wertansätze und Bewertungsmethoden die Vorgaben der BelwertV.

Die Kreditengagements werden regelmäßig, basierend auf einer vorsichtigen, qualitativen Analyse, dahingehend überprüft, ob Risikovorsorgebedarf besteht. Soweit der Sparkasse Informationen vorliegen, die auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse hinweisen, erfolgt eine zusätzliche außerordentliche Überprüfung. Die Höhe der im Einzelfall zu bildenden Risikovorsorge orientiert sich an dem Forderungssaldo abzüglich der mit dem wahrscheinlichen Realisationswert bewerteten Sicherheiten. Über die Einzelwertberichtigungen hinaus werden bestehende Risiken durch Pauschalwertberichtigungen abgeschirmt. Ergänzend stehen Vorsorgereserven nach § 26 a KWG a. F. zur Verfügung.

Die wirtschaftlich schwierige Lage des Geschäftsgebiets, die durch eine unterdurchschnittliche Kaufkraft, Abwanderung und eine hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist, führt zu einem schwach ausgeprägten Immobilienmarkt in der Region Schwedt. Daher ist eine besonders vorsichtige Bewertung aller Immobiliarsicherheiten erforderlich. Die Beherrschung und Steuerung der Adressenausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft ist für die Sparkasse von höchster Bedeutung.

Erhöhte Adressenausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft bestehen derzeit nicht.

Adressenausfallrisiken bestehen auch im eigenen Wertpapiergeschäft. Risikokonzentrationen bestehen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe im Landesbankensektor. Auf Grund der Bonität und der vorhandenen Sicherungseinrichtungen geht die Sparkasse hier von geringen Ausfallrisiken aus. Zur Steuerung dieser Risiken dienen vom Vorstand beschlossene Volumenlimite für Emittenten und Wertpapierarten. Den Limitentscheidungen geht ein Votum der Gesamtbanksteuerung voraus. Für Kaufentscheidungen werden neben dem Rating von Ratingagenturen (S & P, Moody's) auch aktuelle Entwicklungen und eigene Erkenntnisse berücksichtigt. Die Überwachung der Limite erfolgt fortlaufend.

Dabei setzt die Sparkasse die IT-Anwendung „GuV Kreditrisikomodell“ ein. Damit wird für Forderungen in den Ratingklassen 1 bis 16 der potenzielle Aufwand aus EWB-Neuzuführungen und Direktabschreibungen in Form einer Monte-Carlo-Simulation ermittelt. Wesentliche Bezugsgrößen der Simulation sind die über die Ratingklassen definierten Ausfallwahrscheinlichkeiten (mittlere einjährige Ausfallwahrscheinlichkeit) der Kreditnehmer bzw. Kreditnehmerverbände, die Höhe der ungesicherten Kreditanteile sowie die Größenklassenstruktur des Kreditportfolios. Die Adressenausfallrisiken der Eigenanlagen werden durch Multiplikation des ausfallgefährdeten Betrags der Adresse mit dem ratingspezifischen Bonitätsfaktor ermittelt. Auf Grund dieser Berechnungen lassen sich die Adressenausfallrisiken auf dem Stand vom 31.12.2015 im Risikoszenario für eine rollierende 12-Monats-Betrachtung mit 7,9 Mio. EUR quantifizieren.

Im Rahmen der selbstverwalteten Bestände erwirbt die Sparkasse ausschließlich Eigenanlagen mit Bonitäten im Investmentgradebereich. Die Sparkasse hält in ihren Direktanlagen keine Unternehmensanleihen oder Staatsanleihen außerhalb der Zone A. Zur Ausnutzung von Diversifikationseffekten erfolgt zusätzlich die Anlage in Corporates- und Emerging-Markets-Fonds.

Die Berichterstattung über die Adressenausfallrisiken der Sparkasse erfolgt entsprechend den Regelungen der Mindestanforderungen an das Risikomanagement vierteljährlich gegenüber dem Vorstand und dem Verwaltungsrat der Sparkasse. Zusätzlich erfolgt eine monatliche Überprüfung und Überwachung dieser Limite.

Eigenanlagegeschäfte werden als „Zug um Zug-Geschäfte“ abgewickelt, insofern besteht hier für die Sparkasse kein Kontrahentenrisiko. Swaps befinden sich nicht mehr im Portfolio der Sparkasse.

Im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit und zur Erfüllung des öffentlichen Auftrages geht die Sparkasse Beteiligungen sowohl mit strategischem als auch kreditsubstituierendem Charakter ein. Die Berichterstattung über die Beteiligungsrisiken gegenüber Vorstand und

Verwaltungsrat der Sparkasse erfolgt im Rahmen des vierteljährlichen Adressenrisikoberichtes.

4.5 Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken sind mögliche Ertragseinbußen, die sich aus den Veränderungen der Marktpreise für Wertpapiere und Derivate ergeben. Diese Marktpreisrisiken werden mit dem Ziel gesteuert, Ertragschancen wahrzunehmen, ohne die finanziellen Ressourcen unangemessen zu belasten.

Tendenziell führen kurzfristig deutlich steigende Zinsen zu höheren Refinanzierungskosten und zu Bewertungsaufwendungen für im Bestand befindliche festverzinsliche Wertpapiere.

In der Sparkasse werden Marktpreisrisiken nach einem Value-at-Risk-Konzept bewertet (Basis: 10 Tage Haltedauer, 99,00 % Konfidenzniveau). Unter Berücksichtigung von 250 Handelstagen wurden mögliche Marktschwankungen unterstellt. Diese werden täglich in Relation zu einem Risikolimit gesetzt, welches vom Vorstand auf Basis der Risikotragfähigkeitsberechnungen festgelegt wird. Neben den Veränderungen der Marktpreise werden auch Spreadveränderungen berücksichtigt.

Die Limitauslastung der Marktpreisrisiken wird wöchentlich an den Marktfolgevorstand berichtet. Daneben erfolgt eine vierteljährliche Berichterstattung an den Vorstand und den Verwaltungsrat der Sparkasse.

Als Frühwarnindikator hat die Sparkasse die Warnschwelle von 70 % der Limitauslastung definiert. Diese löst eine unverzügliche Berichtspflicht sowie eine Positionierung des Vorstandes zur weiteren Vorgehensweise der Sparkasse aus.

Die Methoden zur Messung der Marktpreisrisiken unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung durch ein Backtesting der Sparkasse, signifikante Ausreißer waren nicht erkennbar.

Auf Grund des konservativen Portfolios der Sparkasse bestehen Risikokonzentrationen im Marktsegment Eurostaaten, Bundesländer und Öffentliche Pfandbriefe (durch die Zusammensetzung der Deckungsstöcke).

Zinsänderungsrisiken bestehen für das Anlagebuch der Sparkasse durch Fristeninkongruenzen zwischen den Aktiv- und Passivmitteln. Im Hinblick auf die nach wie vor steigende Präferenz der Kundschaft für Einlagen mit sehr kurzfristiger Zinsbindung und die zunehmende Wettbewerbsintensität hat die sachgerechte Steuerung der Zinsänderungsrisiken nach wie vor einen hohen Bedeutungswert.

Ausgehend von der aktuellen Zinssituation stellt ein Zinsanstieg als Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve, gegebenenfalls einhergehend mit einer Spreadeinengung ein hohes Risiko für die Sparkasse dar. Das Marktpreisrisiko beläuft sich auf 6,1 Mio. EUR im Risikoszenario für einen Prognosezeitraum von einem Jahr.

Des Weiteren würde eine lang anhaltende Niedrigzinsphase zu einer Erosion des Zinsüberschusses im weiteren Zeitverlauf führen.

Die Steuerung des Zinsänderungsrisikos der Sparkasse erfolgt GuV-basiert. Das Zinsänderungsrisiko des Anlagebuches wird vierteljährlich analysiert und überwacht. Dazu setzt die Sparkasse das Konzept der Margenplanung (Ablaufkationen) ein. Die Betrachtung des Zinsänderungsrisikos erfolgt dabei sowohl für das aktuelle als auch das folgende Geschäftsjahr. Für die Ermittlung des Zinsänderungsrisikos werden die Grenzzinsszenarien des DSGV zu Grunde gelegt. Daneben wird zusätzlich die periodische Auswirkung des aufsichtlichen overnight-Zinsschocks von 200 Basispunkten betrachtet. Eine entsprechende Berichterstattung erfolgt an den Vorstand und den Verwaltungsrat der Sparkasse. Neben der periodischen Steuerungsebene berücksichtigt die Sparkasse bei ihren Entscheidungen zusätzlich die Auswirkungen auf den aufsichtsrechtlichen Zinsrisikokoeffizienten. Gegebenenfalls bestehende Risikokonzentrationen in Laufzeitbändern werden durch die Steuerung des Gesamtbank-Zinsbuch-Cashflows entsprechend berücksichtigt.

Das Spreadrisiko wird aufgrund der Überschneidungen zum Adressen- und Marktpreisrisiko als eigenständige Risikoart im Rahmen der Risikotragfähigkeit betrachtet. Das periodische Risiko wird unter der Annahme einer deutlichen Spreadausweitung innerhalb eines 12-Monats-Zeitraums ermittelt. Das Spreadrisiko beläuft sich auf 6,9 Mio. EUR im Risikoszenario für einen Prognosezeitraum von einem Jahr.

Nach dem Prinzip der verlustfreien Bewertung des Zinsbuches ergab sich kein Rückstellungsbedarf für Zinsänderungsrisiken.

4.6 Liquiditätsrisiken

Die kurzfristige Liquidität ist durch eine abgestimmte Disposition sichergestellt. Zu diesem Zweck werden neben den laufenden Guthaben auch situativ Termingelder unterhalten. Zudem kann sich die Sparkasse über Offenmarktgeschäfte bei der EZB refinanzieren. Die langfristige Liquidität der Sparkasse ist daher nachhaltig gegeben. Die Sparkasse verfügt über eine breit aufgestellte, durch das Retailgeschäft bestimmte, Refinanzierungsbasis. Risikokonzentrationen bestehen daher nicht.

Das Liquiditätsrisikoreporting erfolgt vierteljährlich an den Vorstand und den Verwaltungsrat der Sparkasse. Daneben wird die quantitative Einhaltung des Ampelmodells monatlich überwacht und der Vorstand im Rahmen eines Management-Information-Systems über den Ampelstatus informiert.

Des Weiteren hält die Sparkasse entsprechend den Regelungen der MaRisk eine Notfallplanung zur Liquiditätsbeschaffung vor, welche regelmäßig überprüft und aktualisiert wird.

Mit einer Liquiditätskennzahl von 5,63 sowie einer LCR-Kennziffer von 5,18 % zum 31. Dezember 2015 verfügt die Sparkasse über eine komfortable Liquiditätsausstattung. Zur Einhaltung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement nutzt die Sparkasse ein Ampelmodell zur Überwachung des Risikos. Dabei wird auf Basis von Szenarioanalysen das potentielle Liquiditätsrisiko ermittelt. Das Unterschreiten definierter Schwellenwerte führt zu einer Ad-hoc-Berichtspflicht an den Vorstand. Somit ist die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Sparkasse unverändert gesichert.

Der hohe Anteil refinanzierungsfähiger Kundendarlehen und refinanzierungsfähiger Eigenanlagen im Bereich der Liquiditätsreserve auf der Aktivseite in Verbindung mit dem hohen Anteil der Kundeneinlagen auf der Passivseite der Bilanz sind auch in der Zukunft wesentliche Säulen einer guten Liquiditätslage für die Sparkasse.

4.7 Operationelle Risiken

4.7.1. Rechtsrisiken

Rechtsrisiken bestehen latent im Kreditgeschäft im Rahmen der Gestaltung der Kredit- und Sicherheitenverträge. Hier ist sichergestellt, dass stets die jeweils aktuellen Verträge des Deutschen Sparkassenverlages zum Einsatz kommen und dass die Mitarbeiter in ausreichendem Maße über Rechtsänderungen und deren Auswirkungen informiert werden.

Die Rechtsrisiken im Wertpapiergeschäft werden wie im Kundengeschäft ebenfalls durch den Einsatz der jeweils aktuellen Vordrucke des Deutschen Sparkassenverlages und die obligatorischen Schulungen für alle Kundenberater minimiert.

Im Depot A-Bereich werden die von den Spitzenverbänden der Deutschen Kreditwirtschaft empfohlenen Rahmenverträge eingesetzt und die allgemeinen Handelsusancen beachtet.

4.7.2. Betriebsrisiken

Betriebsrisiken werden insbesondere im technischen und organisatorischen Bereich gesehen. Für den technischen Bereich (Ausfall von Soft- und Hardware sowie von Kommunikationsmitteln) existiert ein Notfallkonzept. Um organisatorische Risiken zu verhindern, wird konsequent an einem schlanken und effizienten Regelungs- und Kompetenzsystem gearbeitet. Dabei wird auch den Anforderungen des internen Kontrollsystems Rechnung getragen.

4.7.3. Risikosteuerung operationeller Risiken

Zur Steuerung der operationellen Risiken besteht ein Schwerpunkt in der Identifizierung und Früherkennung dieser Risiken. Dazu hat die Sparkasse die Verfahren des DSGVO, „Risikolandkarte“ und „Schadensfalldatenbank“, implementiert.

Das Operationelle Risiko beläuft sich auf 1,0 Mio. EUR im Risikoszenario für einen Prognosezeitraum von einem Jahr.

Die Risikoberichterstattung an den Vorstand und den Verwaltungsrat erfolgt in jährlichem Rhythmus. In 2015 gab es keine nennenswerten Aufwendungen für Schadensfälle.

4.8 Vertriebsrisiken

Vertriebsrisiken können u. a. durch Konjunkturrisiken (z. B. sinkende Sparquoten), operationelle Risiken (z. B. unzureichende quantitative oder/und qualitative Mitarbeiterausstattung) oder auch Reputationsrisiken („Vertrauenskrise“) hervorgerufen werden. Überschneidungen mit anderen Risikoarten und Kausalzusammenhänge sind dabei sehr vielfältig.

Marktbearbeitungsstrategien als Bestandteile der Geschäftsstrategie der Sparkasse bilden das Kernstück zur Minderung der Vertriebsrisiken. Darauf aufbauend wird das Vertriebsrisiko sowohl portfoliobezogen als auch bereichsbezogen regelmäßig überwacht und gesteuert.

Risikokonzentrationen bestehen auf Grund des regional begrenzten Marktauftritts, sind allerdings in der Rechtsnatur der Stadtparkasse Schwedt begründet.

4.9 Beurteilung der Risikolage

Die Risikolage der Sparkasse wird unverändert im Wesentlichen durch Marktpreisrisiken bestimmt. Hierbei können insbesondere kurzfristig sehr deutlich steigende Zinsen zu einer Belastung der Ertragslage führen. Marktpreisrisiken werden durch die Sparkasse für den Stressfall regelmäßig simuliert. Daneben haben Adressenausfallrisiken eine hohe Bedeutung, die Risiken werden durch eine vorsichtige Kreditpolitik und stringente Kreditüberwachung begrenzt.

Die Risikohöhe bewegte sich im Jahr 2015, sowohl im Plan- als auch im Risikoszenario, grundsätzlich innerhalb der eingeräumten Limite. Eine kurzfristige Überschreitung des Gesamtlimits aufgrund von Marktpreisschwankungen wurde durch die Bereitstellung von zusätzlichem, frei verfügbarem Risikokapital zurückgeführt. Wesentliche Schwankungen der Werte bezogen auf die Risikodeckungsmasse sind nicht aufgetreten. Die Risikotragfähigkeit war im Geschäftsjahr 2015 jederzeit gegeben.

Insgesamt führen die Risiken der Sparkasse auf Grund der soliden Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und bestehenden Reservepositionen auch in Stressszenarien zu keiner bestandsgefährdenden Entwicklung.

Unter Berücksichtigung der Eigenmittelanforderungen durch die Capital Requirements Regulation (CRR) ist die Risikotragfähigkeit nach derzeitigem Planungsstand in den

Geschäftsjahren 2016 und 2017 angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögens- bzw. Substanzsituation der Sparkasse gegeben.

Die Sparkasse besitzt ein hinsichtlich Umfang, Komplexität und Risikogehalt ihrer Geschäfte angemessenes Risikomanagementsystem.

5. Prognose- und Chancenbericht

5.1 Perspektiven 2016

Zusätzliche institutionelle Risiken in Europa

In Europa ist das Hauptszenario eine Fortsetzung der konjunkturellen Erholung –unter begleitenden Risiken. Europa profitiert als Netto-Importeur zunächst von der weiter verbilligten Ölrechnung. Allerdings sind viele der Lieferländer zugleich Kunden des Exports von Fertigwaren aus europäischen Ländern, so dass die Schwäche von Teilen der Weltwirtschaft hierher zurückschlagen könnte.

Zu den weltwirtschaftlichen Risikofeldern treten spezifische europäische Problemlagen: So ist der Integrationsstand des Binnenmarktes politisch bedroht. Eine Schließung der Grenzen im Schengen-Raum in Reaktion auf die Flüchtlingsmigration würde einen Schlag für den freien Personen- und Warenverkehr im Gemeinsamen Markt bedeuten. Dazu kommen Abspaltungserwägungen wie etwa im Fall des Volksentscheids im Vereinigten Königreich.

Wirtschaftspolitisch sind einige der Länder mit Struktur- und Schuldenproblemen noch nicht über den Berg. Eine Krise in Griechenland kann jederzeit wieder aufflammen, und Italien lässt in seinen Reformanstrengungen zuletzt spürbar nach. Frankreich kämpft mit der Einhaltung der fiskalischen Grenzen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Spanien war in den letzten beiden Jahren eine Erfolgsstory mit schnellen Erholungsraten; doch ist dort der weitere Weg nach dem fragmentierten Ergebnis der Parlamentswahlen Ende 2015 unklar.

Trotz all dieser Unwägbarkeiten scheint eine Fortsetzung der Erholung im Euroraum möglich. Der IWF setzt im Januar-Update seines Wirtschaftsausblicks die zu erwartende Wachstumsrate für den Währungsraum mit 1,7 Prozent an.

Deutschland mit ähnlichem Wachstumsszenario wie im Vorjahr

Das Wachstum dürfte auch 2016 in ähnlicher Höhe wie im Vorjahr erreichbar sein. So sagt die Deutsche Bundesbank in Ihrer Konjunkturprojektion von Dezember 2015 ein Wachstum von 1,8 Prozent für das neue Jahr voraus.

Und auch die Struktur des deutschen Wachstums könnte im neuen Jahr ähnlich wie 2015 ausfallen. Vor allem die Binnennachfrage gilt als robust und sollte das Wachstum 2016 tragen.

Bei den Investitionen dürfte sich die Struktur der Zuwächse 2016 weiter zu den Bauinvestitionen verlagern.

Der Staatskonsum dürfte 2016 überproportional zulegen, u. a. durch die Ausgaben für Flüchtlinge.

Der private Konsum sollte ebenfalls wieder recht kräftig wachsen, da weiterhin eine gute Beschäftigungslage und steigende Einkommen bei niedrigem Preisauftrieb erwartet werden.

Preisentwicklung zieht etwas an, bleibt aber immer noch unter Zielniveau

Die Preisentwicklung in Deutschland und im Euroraum bleibt weiter gedrückt, auch durch die Anfang 2016 noch einmal gesunkenen Ölpreise. Trotzdem dürften sich die Inflationsraten im Jahresverlauf leicht erhöhen.

Spannungen aus der Geldpolitik

Im Euroraum ist die Preisentwicklung geringfügig schwächer als in Deutschland, aber in der Tendenz ähnlich. Die Inflationsraten werden damit auch 2016 weiter unter dem Ziel der EZB von unter, aber nahe bei zwei Prozent liegen. Aber sie steigen allmählich an, und die Kernraten sind stabil höher. Die auch in der Vergangenheit schon nicht akuten Deflationsgefahren schwinden damit immer weiter. Dennoch könnte die EZB sich veranlasst sehen, noch einmal mit expansiven Schritten tätig zu werden. Aus Sicht der Sparkasse wäre dies nicht geboten. Vielmehr sollte die EZB zunächst die Wirkung ihrer zahlreichen bereits

getroffenen und zuletzt erst im Dezember 2015 verschärften Maßnahmen abwarten. Eine aktionistische, immer expansivere Geldpolitik läuft zudem Gefahr, die Spannungen zu verschärfen, wenn die Federal Reserve 2016 ihre Zinsanhebungen fortsetzen sollte.

5.2 Kreditwirtschaft in Deutschland

Durch die Rückbesinnung ausländischer Kreditinstitute und der großen Privatbanken auf die „Realwirtschaft“ und damit auf das Retailbanking und das Mittelstandsgeschäft wird von „Experten“ eine Stabilisierung der gesamten Kreditwirtschaft erwartet. Tatsächlich trifft diese Rückbesinnung jedoch auf verteilte Märkte und beschleunigt im Zusammenwirken mit dem extrem niedrigen Zinsniveau den schon seit Jahren zu beobachtenden Margenverfall. Folge: Weder die bisher im Retailbanking dominierenden Sparkassen und Genossenschaftsbanken noch die sich jetzt der „Realwirtschaft“ zuwendenden Banken werden mittelfristig ausreichende Renditen erzielen. Trotz der für die meisten Sparkassen und Genossenschaftsbanken sehr erfolgreichen Geschäftsjahre 2009 bis 2015 ist die nächste Branchenkrise auch aufgrund des niedrigen Zinsniveaus bereits in Sicht.

Im Jahr 2015 hat sich auf breiter Front das neue Europäische Aufsichtsregime unter der Federführung der EZB weiter etabliert. Die neben der EZB beteiligten Akteure – Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA), Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), die Deutsche Bundesbank und die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) üben derzeit ihr Zusammenwirken. Dabei ist – für kleine Kreditinstitute besonders unangenehm – zu spüren, dass die genannten Behörden sich besonders intensiv ihrer Aufgaben widmen und neue „aufsichtsrechtliche Nischen“ für sich entdecken.

Insgesamt werden durch die hohe Komplexität der Regulierung große Kreditinstitute begünstigt, die – als volkswirtschaftliches Klumpenrisiken identifiziert – ursprünglich durch Regulierungsaktivitäten beschränkt werden sollten.

5.3 Prognosebericht für das Geschäftsjahr 2016

Das Wirtschaftsgeschehen in Schwedt wird unverändert durch die weniger konjunkturabhängigen Branchen Mineralölverarbeitung und Papierherstellung dominiert.

Die Grenzlage zu Polen „in der Mitte“ Europas bietet trotz der politischen Veränderungen in Polen gute Chancen für die Schwedter Wirtschaft. Diese Perspektive ist im Hinblick auf die anhaltend schrumpfende Bevölkerungszahl, die hohe Arbeitslosigkeit und das steigende Durchschnittsalter der Bevölkerung für eine positive wirtschaftliche Entwicklung des Geschäftsgebietes von hoher Bedeutung.

Bei einer bereits sehr hohen Marktdurchdringung und der negativen demographischen Entwicklung im Geschäftsgebiet erwartet die Sparkasse für das Geschäftsjahr 2016 im Jahresdurchschnitt weitere Zuwächse im kurzfristigen Einlagebestand und in gleichem Maße im Kundenkreditgeschäft. Der Bestand der Eigenanlagen wird als unverändert geplant. Trotz des extrem niedrigen Zinsniveaus wird dies nach der aktuellen Planung 2016 zu einem nur leicht verringerten Zinsüberschuss i. H. v. 10,1 Mio. EUR führen.

Aufgrund einer anhaltenden Niedrigzinsphase hat die Sparkasse die Umsetzung eines Restrukturierungsprogramms „Fit für 2020“ beschlossen. Dabei stehen die Begrenzung von Sachkosten und die Reduzierung von Personalkosten im Fokus. Einschnitte im Personalbereich erfolgen grundsätzlich auf freiwilliger Basis sowohl durch attraktive Angebote zur Arbeitszeitreduzierung sowie zur Beendigung von Arbeitsverhältnissen.

Gleichzeitig investiert die Sparkasse in die Modernisierung der Kundenhalle sowie in effiziente Prozesse und moderne Technik. Dadurch soll auch eine Verbesserung des Provisionsüberschusses erreicht werden.

Die Ergebniswirkungen aus „Fit für 2020“ werden im Jahr 2021 in vollem Umfang eintreten.

Auf Basis einer konstant hoher Kundenzufriedenheit (Note „gut“) wird der Provisionsüberschuss 2016 deutlich auf 2,8 Mio. EUR steigen. Unattraktive Einlagenzinsen werden weiterhin zu einer erhöhten Nachfrage im Kundenwertpapiergeschäft führen.

Die Sachaufwendungen werden gegenüber dem Vorjahr um etwa 0,2 Mio. EUR auf 3,6 Mio. EUR steigen. Der Personalaufwand wird aufgrund von Personalabbau im Rahmen der Restrukturierungsmaßnahmen mit 5,5 Mio. EUR auf dem Niveau des Vorjahres geplant.

Dabei hat die Sparkasse unverändert im Blick, die Qualität des Personals durch entsprechende Bezahlung sowie den der individuellen Anforderungen entsprechenden Fortbildungsmöglichkeiten zu sichern. Dazu plant die Sparkasse weiterhin ein Weiterbildungsbudget von durchschnittlich 1 TEUR pro Mitarbeiter und Jahr.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung wird leicht unter dem Niveau von 2015 in einer Größenordnung von 3,7 Mio. EUR erwartet. Damit wird die Cost-Income-Ratio, als eine zentrale Steuerungsgröße, die bisherige strategische Zielmarke von 70 % knapp überschreiten, nachdem dieser Wert 2015 bei 69,8 % lag. Mit Blick auf das extrem niedrige Zinsniveau beträgt die strategische Zielmarke nunmehr 75 %.

Die Sparkasse plant ihr Risikobudget 2016 mit 1,6 Mio. EUR. Dies erscheint mit Blick auf die günstige Risikostruktur im Kundenkreditgeschäft und die breite Diversifizierung der Eigenanlagen sowie das sehr konservativ bewertete Beteiligungsportfolio der Sparkasse angemessen.

Aus dem Betriebsergebnis vor Steuern werden – nach Abzug des Steueraufwands – wiederum die Eigenmittel und stillen Reserven in einer Größenordnung von 1,2 Mio. EUR dotiert werden können.

5.4 Ausblick

Die Sparkasse erwartet für die Jahre nach 2016 ein unverändert sehr niedriges Zinsniveau. Das führt zu einem deutlichen Rückgang des Zinsüberschusses.

Das Wiederanlagerisiko wird von der Sparkasse, trotz des niedrigen Zinsniveaus, als vertretbar eingeschätzt. Die Sparkasse wird bestehende Marktchancen bei der Wiederanlage der Eigenanlagen nutzen. Durch eine ausgeprägte Diversifizierung sollen die damit einhergehenden Markt- und Adressrisiken, bei gleichzeitiger Optimierung des Ertrages, begrenzt werden.

Im Zuge der Umsetzung von „Fit für 2020“ wird das Provisionsgeschäft weiter deutlich ausgebaut, der Provisionsüberschuss soll damit deutlich steigen. Dies wird auch durch die weitere Umsetzung der Marktbearbeitungsstrategien erreicht.

Die Jahre 2017 bis 2019 werden durch moderate Personalkostensteigerungen sowie sinkende Sachaufwendungen geprägt. Die Maßnahmen des Programms „Fit für 2020“ sollen im Jahr 2021 vollumfänglich Wirkung entfalten und führen nach Planung zu einem deutlichen Rückgang der Personalaufwendungen. Für die Personalkosten ist allerdings auch die Höhe der Tarifabschlüsse von zentraler Bedeutung.

Der Vorstand geht mittelfristig von einer noch auskömmlichen Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse aus.

5.5 Chancen- und Risikenbericht

Durch den hohen Marktanteil sind bei einer noch besseren Potentialausschöpfung zusätzliche Erträge möglich. Wirkungsvolle und effiziente Strukturen und Prozesse bieten die Chance zu Kosteneinsparungen.

Die Finanzkrise hat zwar die Reputation der Kreditwirtschaft nachhaltig beschädigt. Als kleine Sparkasse mit einer für die Kunden hohen Transparenz über die Geschäftspolitik und die Entscheidungsträger, ist die Stadtsparkasse Schwedt von diesem Vertrauensverlust weit weniger betroffen als größere Kreditinstitute. Davon wird die Sparkasse im günstigen Fall über die unter Ziffer 5.3 dargestellten Ergebnisse und die in unter Ziffer 5.4. beschriebenen Trends hinaus profitieren.

Die folgenden Risiken können die Entwicklung der Sparkasse negativ beeinflussen:

- a) durch Umsetzung aufsichtsrechtlicher Maßnahmen verursachte Kosten und geschäftliche Beeinträchtigungen.
- b) ein weiterer Rückgang des Zinsniveaus.
- c) Verwerfungen an den internationalen Kapitalmärkten.

6. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres 2015 nicht eingetreten.

Schwedt, 2016-05-18

Dietrich Klein

Jürgen Dybowski